

„Ganze Generation wurde unter Verdacht gestellt“

Ministerpräsident Kretschmann kritisiert in Offenem Brief den Radikalenerlass vor 50 Jahren – und lädt Betroffene ein

Von Brigitte J. Henkel-Waidhofer

Stuttgart – Von seiner eigenen linksradikalen Vergangenheit hat Winfried Kretschmann sich mehrfach öffentlich bereitwillig distanziert. Der Umgang mit anderen vom Radikalenerlass Betroffenen fiel dem Grünen deutlich schwerer. In einem fünfseitigen Brief spricht er jetzt „als Ministerpräsident des Landes“ sein Bedauern aus: „Eine ganze Generation wurde unter Verdacht gestellt, das war falsch.“

Außerdem lädt Kretschmann die Initiative „40 Jahre Radikalenerlass“ zu einem Gespräch ins Staatsministerium. Deren Sprecher Klaus Lipps erklärt auf Anfrage in einer ersten Reaktion, die Einladung auf jeden Fall anzunehmen: „Wir hatten noch nie die Möglichkeit, ihm unsere Argumente und Forderungen direkt vorzutragen“, darunter die nach finanzieller Entschädigung.

● Warum sieht sich der Ministerpräsident in der Pflicht?

Betroffene könnten vom damals verantwortlichen Ministerpräsidenten Hans Filbinger keine Entschuldigung mehr verlangen, sagt Lipps, der frühere Gymnasiallehrer aus Baden-Baden, der alle Verfahren gewinnen konnte und im Schuldienst blieb. Auch deshalb kämpfte er bis heute mit

für andere. Kretschmann stehe aber in Filbingers Nachfolge. Diese Rolle qua Amt anerkennt der Regierungschef auch in seinem Brief und nennt die Anwendung des Erlasses „unverhältnismäßig“, gerade in Baden-Württemberg, wo er von 1973 bis 1991 unter dem Namen „Schieß-Erlass“, benannt nach dem früheren CDU-Innenminister, umgesetzt worden sei.

In dieser Zeit habe es rund 700.000 Regelanfragen an den Verfassungsschutz gegeben, oder „mit anderen Worten: Ein großer Teil der damals jungen Generation kam ohne besonderen Anlass in den Generalverdacht, nicht verfassungstreu zu sein“. Diese massenhafte Praxis habe viel Vertrauen verspielt, zumal es in nur 0,3 Prozent der Fälle „irgendwelche Erkenntnisse“ gegeben habe. Die zu Unrecht Sanktionierten hätten „durch Gesinnungsanhörungen, Berufsverbote, langwierige Gerichtsverfahren, Diskriminierungen oder auch Arbeitslosigkeit Leid erlebt“.

● Warum ist das Land nicht schon früher aktiv geworden?

Die Abschaffung 1991 kam im Vergleich zu anderen Bundesländern spät, nur Bayern war später dran. Frühere CDU/FDP-Landesregierungen wollten sich – mit Ausnahme einzelner Politiker wie des Tübinger FDP-Abgeordneten Hinrich Enderlein – mit der



Hat sich nun erstmals dezidiert zu den Folgen des Radikalenerlasses geäußert: Ministerpräsident Winfried Kretschmann.

Foto: Marijan Murat/dpa

Thematik nicht befassen. Viele Betroffene setzten beim Machtwechsel 2011 große Hoffnungen in die neue Koalition, vor allem der vor einem Jahr verstorbene Grünen-Fraktionsgeschäftsführer Hans-Ulrich Sckerl machte sich für die Aufarbeitung stark. 2015 wurde ein „Runder Tisch“ instal-

liert, der sich nicht zur Empfehlung einer pauschalen Entschuldigung durchbringen konnte. „Wenn man aber erst alle 2.000 Einzelfälle im Südwesten prüfen will“, so Lipps damals, „dann wird man sich nur bei unseren Grabsteinen entschuldigen können.“ Die Uni Heidelberg erhielt in der

Folge einen Forschungsauftrag, die fast 700 Seiten starke Studie liegt seit dem vergangenen Frühjahr vor.

Zu diesem Zeitpunkt wurde der Regierungschef allerdings noch immer nicht aktiv. Im Gegenteil: Viel Kritik brachte ihm ein, als er im Sommer 2022 von „irgendeinem Be-

richt“ sprach und davon, dass sich „alle einfach noch gedulden müssen“.

● Wie war seine eigene Geschichte?

Kretschmanns Wechsel in den Schuldienst, nach dem Studium von Biologie, Chemie und Ethik, wäre Ende der Siebziger Jahre wegen seiner von 1973 bis 1975 währenden Mitgliedschaft in der Hochschulgruppe des Kommunistischen Bund Westdeutschland (KBW) beinahe gescheitert. Für ihn setzte sich neben anderen der Rektor der Uni Hohenheim George Turner ein. Kretschmann wird in seinem Brief auch persönlich und nennt Turner einen „weisen und zutiefst liberalen Mann“, der „die Großmütigkeit hinter dem revolutionären Gehabe von damals gut durchschaut“ habe.

● Wie geht es weiter?

Die Initiative „analysiert und diskutiert das Schreiben“, sagt Lipps. Fest steht bereits, dass die Betroffenen von Kretschmann bei dem Gespräch Rehabilitation verlangen werden, denn: „Wir waren und wir sind keine Verfassungsfeinde.“ Auch mit einem Bedauern „wollen wir uns nicht zufriedengeben“. Zugleich wird es als Erfolg jahrelanger Bemühungen gewertet, dass es überhaupt zu dem Treffen komme – „und dieses Treffen werden wir nutzen“.